

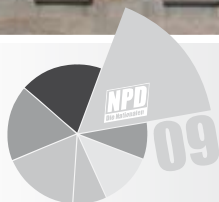
Opposition ins Rathaus!

Frischer Wind für Dresden!

**Programm der
Dresdner NPD
zur Kommunalwahl
2009**

Sachsens
starke **Rechte.**

NPD
Die Nationalen



Mittelstandsförderung statt Subventionsirrsinn für Großkonzerne!

Die Herren in der Konzernzentrale in München hatten Zeit, viel Zeit. Fast zehn Jahre lang durfte der Vorstand des Chip-Herstellers Infineon so ziemlich alles ausprobieren, was die moderne Betriebswirtschaftslehre hergibt. Mal wurde das Sortiment ausgeweitet, dann wurde unvermeidlicherweise globalisiert, zuletzt standen wieder die Kernkompetenzen im Mittelpunkt. Das Ergebnis all dieser Bemühungen war die Insolvenz der Infineon-Tochter Qimonda am 23. Januar 2009, die Dresden mit besonderer Härte trifft, da Qimonda der größte Arbeitgeber der Stadt war. Die von Landespolitikern und Stadtvätern seit der Wende herbeiphantasierte Etablierung Dresdens als weltweit führender Halbleiterstandort ist damit gescheitert und mit ihr eine völlig verfehlte Förder- und Ansiedlungspolitik.

Die Ansiedlung von AMD, Infineon und Qimonda am Dresdner Stadtrand war Mitte der Neunzigerjahre von der Politik noch frenetisch gefeiert worden. Es wurde behauptet, daß diese Ansiedlungen der Beweis für die angeblich so hohe Wirtschaftskompetenz der Regierung Biedenkopf seien. Das Wort vom „Silicon Saxony“ machte die Runde. Dieser alberne Anglizismus überdeckte aber nur die Tatsache, daß der vermeintliche Erfolg der Halbleiterindustrie in Dresden eine bloße Scheinblüte war, die mit horrenden Subventionszahlungen in Milliardenhöhe erkaufte wurde und die am Tropf eines launischen Weltmarkts hing, der ständig zwischen Boom und Depression hin- und herschwankte. Insgesamt wurde in den Jahren seit der Wende die unvorstellbare Summe von 12 Milliarden Euro an öffentlichen Geldern als Subventionen an die Dresdner Chipindustrie gezahlt – wie sich nun herausstellt, wurde diese astronomische Summe im wahrsten Sinne des Wortes in den Sand der Dresdner Heide gesetzt. Besonders ärgerlich ist, daß Dresden trotz dieses Subventionswahnsinns nicht einmal zum Hauptsitz auch nur einer Konzernzentrale wurde, sondern die Dresdner Chip-Werke immer nur Befehlsempfänger von Konzernzentralen in München oder den USA blieben.

Es stellt sich die Frage, warum man beim Aufbau des IT-Standorts Dresden nicht die kleinen Spezialisten und anwendungsbezogenen Mittelständler gefördert hat, die Krisen in ihrer Nische überleben und im Abschwung Stabilität bieten. Dies alles haben die Stadtoberen in fahrlässigster Art und Weise unterlassen, obwohl klar war, daß die rein subventions- und weltmarktabhängigen Leuchttürme in Dresden schnell verlöschen werden, wenn die Weltwirtschaft in eine Krise gerät – genau so, wie wir das jetzt erleben!

Die Dresdner Stadtspitze hat den Ernst der Lage nicht einmal erkannt. Ausgerechnet Wirtschaftsbürgermeister Dirk Hilbert von der FDP, der jetzt eigentlich gefragt wäre, übte sich in Ignoranz. „Für die Stadt

Dresden ist es nicht so dramatisch“ – mit dieser Stellungnahme zur Qimonda-Insolvenz wurde Hilbert im „Handelsblatt“ vom 3. Februar 2009 zitiert. Angesichts solcher Äußerungen fragt man sich: Haben Sie eigentlich noch alle Tassen im Schrank, Herr Hilbert? Jeder weiß: Durch die Qimonda-Insolvenz steht der Arbeitsmarkt in Dresden vor einer Katastrophe, selbst nach Schätzungen der sächsischen Staatsregierung sind bis zu 10.000 Arbeitsplätze in der Region gefährdet. Außerdem wird die Qimonda-Insolvenz weitere Dominoeffekte auslösen, da viele der insgesamt 1.200 ostsächsischen Firmen aus dem Mikroelektronikbereich Geschäftsbeziehungen zu Qimonda unterhalten haben und nun durch den Ausfall eines wichtigen Geschäftspartners selbst gefährdet sind. Auch Hotellerie, Gastronomie und der Immobilienmarkt in Dresden werden die Qimonda-Insolvenz zu spüren bekommen.

Statt der Schönrederei von FDP-Bürgermeister Hilbert braucht Dresden endlich ein Wirtschaftskonzept, daß sich den Problemen in ihrem ganzen Ausmaß stellt und die Fehler der Vergangenheit – Stichwort Milliardensubventionen für weltmarktabhängige Großkonzerne – nicht wiederholt.

Deshalb fordert die NPD:

- Öffentliche und kommunale Fördergelder müssen eingesetzt werden, um eine wirklich krisenfeste, beschäftigungsintensive und breit aufgestellte Wirtschaftsstruktur in Dresden und im Oberen Elbtal zu fördern. Schon jetzt beschäftigen nach Angaben des Statistischen Landesamtes die mittelständischen Firmen mit bis zu 250 Beschäftigten doppelt so viele Leute wie die wenigen Großbetriebe, die es im Umkreis von Dresden gibt. Schon jetzt also ist der Dresdner Mittelstand der Arbeitsplatz-Motor der Region, der seine großen wirtschaftlichen Leistungen ohne Milliarden-subventionen erbringt. Dieses „Rückgrat“ der Dresdner Wirtschaft muß weiter gestärkt werden!
- Möglichst viele Arbeitsplätze in der Dresdner Halbleiterindustrie müssen gerettet werden – ebenso klar ist aber auch, daß dafür eine Änderung der Förder- und Ansiedlungskonzepte der Stadt Dresden notwendig sein wird. Vorrangig gefördert werden sollten Unternehmen, die auch ihren Unternehmenssitz in Dresden haben – und nicht die Filialen und Ableger von nach Subventionen gierenden Großkonzernen, die von den Direktiven ihrer Zentrale weisungsabhängig sind.
- Dresden muß endlich die eigentliche Basis seiner kommunalen Wirtschaft fördern, nämlich die kleinen Betriebe. Viele dieser Unternehmen leiden unter Finanzengpässen. Zumeist sind es kleine Firmen mit bis zu fünf Mitarbeitern, die auf Grund fehlender Sicherheiten und unternehmerischer Substanz keine herkömm-

lichen Bankkredite bekommen. Für diese Unternehmen muß ein zusätzlicher Kreditzugang geschaffen werden, um Aufträge vorfinanzieren zu können. In Dortmund existiert bereits eine Mikrofinanz-Genossenschaft, die bei der Finanzierung von Klein- und Kleinunternehmen hilft – auch Dresden braucht eine solche von Kleinunternehmern getragene Mikrofinanz-Genossenschaft.

Einheimische Händler und Gaststätten schützen!

In unserer Stadt gibt es heute ein Überangebot an Dönerständen und Pizzabuden. Der Obst-, Gemüse- und Blumenverkauf ist fest in vietnamesischer Hand. Im Zusammenhang damit hat sich im Lauf der Zeit eine kriminelle Untergrundszene etabliert. Hinter scheinbar harmlosen asiatischen Gemüsehändlern oder Dönerverkäufern verbirgt sich oft ein Netzwerk, das mafiösen Geschäften wie z.B. der Geldwäsche oder dem Zigarettschmuggel dient. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind unsere einheimischen Händler. Sie können mit dem Preisdumping der ausländischen Billigkonkurrenz nicht mehr mithalten. Viele von ihnen mußten in den letzten Jahren ihr Geschäft aufgeben.

Ein weiteres Problem auf dem Gebiet des Handels sind die ständig an Zahl zunehmenden Supermärkte in allen Stadtteilen. Wir wissen natürlich, daß viele Bürger mit geringem Einkommen auf günstige Preise angewiesen sind. Doch auch hier herrscht inzwischen ein Überangebot. Die NPD fordert deshalb: Einheimische Bewerber sind bei der Vergabe von Gaststättenzulassungen künftig zu bevorzugen. Die Errichtung von weiteren Supermärkten wird abgelehnt. Der innerstädtische Handel ist zu stärken. Kriminelle Strukturen bei ausländischen Händlern sind endlich effektiv zu bekämpfen.

Bei der Vergabe von städtischen Bau- und Dienstleistungsaufträgen, wie z.B. beim Nahverkehr oder der Entsorgung sind einheimische Unternehmen grundsätzlich zu bevorzugen. Größere Bauvorhaben sind so aufzugliedern, daß eine sonst notwendige europaweite Ausschreibung entfallen kann.

Nein zu Privatisierungen – Krankenhäuser und Schlösser müssen in Volkes Hand bleiben!

Es wurden Investoren gerufen und es kamen Heuschrecken: Der Verkauf von 46.000 Wohnungen der einstmals kommunalen Gesellschaft WOBA an die amerikanische Finanzheuschrecke Fortress hat nun verheerende Folgen für die Mieter. Die mit dem Verkauf der WOBA an Fortress vereinbarte Sozialcharta war nicht mehr als ein Feigenblatt,

das die Mieter beruhigen sollte. Vergeblich! Die GAGFAH, die nun die früheren WOBA-Wohnungen verwaltet, will nun den Dresdner Wohnungsbestand verkleinern. Langjährige Mieter sollen ihre Wohnungen aufgeben und umziehen. Nun zeigt sich ganz klar: Die Privatisierung der WOBA war ein Fehler, denn mit einer Finanzheuschrecke kann man nicht diskutieren!

Nun gibt es Anzeichen dafür, daß in Dresden die Privatisierung sogar auf Bereiche ausgedehnt werden soll, die bislang als unantastbarer Kernbestand des Gemeinwesens galten. Die Diskussion um eine mögliche Privatisierung der Krankenhäuser Dresden-Friedrichstadt und Dresden-Neustadt will einfach nicht verstummen. Einflußreiche Kreise im Dresdner Stadtrat, insbesondere aus den Fraktionen der CDU und der FDP, wollen die bewährte Rechtsform des kommunalen Eigenbetriebes zugunsten der Rechtsform der GmbH aufgeben. Bei einem Blick in die jüngste Vergangenheit wird schnell klar, daß die Umwandlung in eine GmbH stets der erste Schritt war, und danach die Gesundheitseinrichtungen zu privatisieren.

Diesen Absichten, die auf eine neue Privatisierungswelle hinauslaufen, erteilt die NPD eine klare Absage. Es darf in Dresden keine Privatisierung der städtischen Krankenhäuser geben, denn die Folgen wären katastrophal. Es kann nicht sein, daß selbst im Gesundheitsbereich – frei nach dem Motto: Gemacht wird nur noch das, was sich rechnet – nun nur noch ausschließlich das Rentabilitäts-Prinzip gelten soll. Wo der Markt zum alleinigen Taktgeber wird, da werden Löhne und Gehälter gekürzt, Arbeitszeiten „flexibilisiert“ und medizinische Dienstleistungen ausgelagert. Deshalb: Ja zum Erhalt der städtischen Krankenhäuser, denn Gesundheit ist keine Ware!

Auch eine von der Sächsischen Staatsregierung vorgesehene Privatisierung des Staatsbetriebes „Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsens“ wird von der NPD abgelehnt. Dresden wäre von einer Privatisierung dieses Staatsbetriebes stark betroffen, denn gerade die schönsten Bauwerke und Sehenswürdigkeiten der Stadt – der Zwinger, das Residenzschloß, der Große Garten, der Stallhof, Schloß und Park Pillnitz und Schloß Wackerbarth – werden von ihm verwaltet. Die Dresdner NPD ist der Auffassung, daß die Erhaltung und notwendige Rekonstruktion und Sanierung des baulichen nationalen Kulturerbes unter Wahrung aller relevanten denkmalpflegerischen Belange und unter Beachtung ihrer Geschichte eine der zentralen Staatsaufgaben ist, die keinesfalls privatisiert werden darf.

Kriminalität und Graffiti-Unwesen bekämpfen!

Nach den offiziellen Statistiken soll Dresden zu den sicheren Großstädten in Deutschland zählen. Diese Zahlen und das Sicherheits-

empfinden der Bürger klaffen jedoch deutlich auseinander. Die Polizeipräsenz auf der Straße ist deshalb weiter auszubauen. Die Stadtverwaltung muß sich in ihrem Zuständigkeitsbereich für eine schnellere Strafverfolgung einsetzen.

Neben einem höheren Verfolgungsdruck müssen auch die vorbeugenden Maßnahmen zur Verhinderung von Kriminalität ausgebaut werden. Insbesondere muß der Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher Einhalt geboten werden. Die Graffiti-Kriminalität ist zwar in den letzten Jahren etwas zurückgegangen – das ist jedoch vor allem eine Folge der privaten Schutzmaßnahmen von Bürgern und Unternehmen, die viel Geld kosten. Die Aufklärungsquote auf diesem Kriminalitätsfeld ist deutlich gesunken. Das Beschmieren von fremdem Eigentum ist eine Straftat und muß durch die Ordnungsbehörden konsequent verfolgt werden. Dabei ist das Haftungsprinzip zu beachten. Die Förderung von Graffiti-Sprayern als „Künstler“ ist kategorisch abzulehnen.

Viele öffentliche Plätze in unserer Stadt werden zunehmend vermüllt. Die Stadtverwaltung hat diese Entwicklung bisher nur unzureichend bekämpft. Statt einheimische Bürger und Touristen mit Knöllchen abzuzocken, sind städtische Ordnungskräfte verstärkt für Streifengänge in den Stadtteilen einzusetzen.

Illegal in Dresden lebende Ausländer sind von der Stadt in Zusammenarbeit mit Landes- und Bundesbehörden abzuschieben. Der Verschleppungstaktik von Asylbewerbern beim Asylverfahren ist durch die Ausländerbehörde wirksam zu begegnen. Kosten, die der Stadt in diesem Zusammenhang entstehen, sind künftig gemeinsam mit anderen Kommunen beim Bund zurückzufordern.

Jahr für Jahr verhöhnern sogenannte „Antideutsche“ und andere Linksextremisten die Opfer des alliierten Bombenangriffs vom 13./14. Februar 1945. Strafanzeigen werden mit Hinweis auf die Meinungsfreiheit von der Staatsanwaltschaft sofort zurückgewiesen. Die Stadt hat sich dafür einzusetzen, daß dieser antideutsche Geschichtsrevisionismus in Zukunft bekämpft wird. Versammlungen, auf denen „Bomber-Harris – Do it again“ gefordert wird, sind von den Sicherheitsbehörden sofort aufzulösen oder bereits im Vorfeld zu verbieten. Die finanzielle Förderung der Stadt für linke Initiativen, die oftmals der Nährboden von linkskriminellen Machenschaften sind, haben künftig zu unterbleiben.

Kinder und Jugendliche fördern – Schulen erhalten!

Der Nachwuchs in unserer Stadt leidet heute zunehmend an Perspektivlosigkeit. Die Wirtschaftskrise wird diese Tendenz weiter verstärken. Dauerarbeitslosigkeit von Jugendlichen ist auch in Dresden ein Dauerthema. Hier ist es die Aufgabe der Stadt, durch verstärkte

Betreuung und Freizeitangebote alle Schichten der Bevölkerung in das öffentliche Leben unserer Stadt zu integrieren – unabhängig vom Geldbeutel. Dagegen ist die finanzielle Förderung von Sondergruppen, wie Linksalternativen oder Schwulen und Lesben einzustellen.

Schulen dürfen nicht weiter geschlossen werden. Durch den Schülerrückgang frei werdende Kapazitäten an Lehrkräften sind für die bessere Ausbildung und Betreuung der Schüler zu verwenden. Die Sport- und Kindertagesstätten in Dresden sind auszubauen. Hingegen ist der in der Vergangenheit leider vielerorts erfolgte Abbau von Spielplätzen rückgängig zu machen.

Dresden sozial gestalten – Sozialbürokratie abbauen!

Die sächsische Landeshauptstadt steht im Vergleich mit anderen Gegenden im Freistaat relativ gut da. Aber auch in unserer Stadt gibt es viele Menschen, denen es sozial schlecht geht. Leider gehören dazu gerade auch kinderreiche Familien und alleinerziehende Mütter. Hier ist die Stadt dringend gefordert, die sozialen Bedingungen zu verbessern. Nicht zuletzt der – nicht nur auf diesem Gebiet – ausufernden Bürokratie ist Einhalt zu gebieten. Bewußte bürokratische Hemmnisse, z.B. bei der Beantragung des Dresden-Passes, haben künftig zu unterbleiben.

Nach dem von der NPD abgelehnten Verkauf des städtischen Wohnungsunternehmens WOBA an einen privaten Eigentümer hat die Stadt nur noch geringe Einflußmöglichkeiten bei der Gestaltung der Mieten. Sie hat diese aber zum Nutzen der Dresdner Bürger einzusetzen – drastische Mietsteigerungen sind strikt abzulehnen. Ausreichender Wohnraum muß für alle Bürger der Stadt erschwinglich bleiben.

Öffentlichen Nahverkehr stärken und ausbauen – Sicherheit auf den Straßen!

Der öffentliche Personennahverkehr stellt in einer Großstadt wie Dresden ein wichtiges Standbein der Verkehrspolitik dar. Er ist deshalb von der Stadtverwaltung zu fördern. Die ständige Erhöhung der Fahrpreise lehnt die NPD ab. Die Dresdner Verkehrsbetriebe haben zu prüfen, inwieweit bei der technischen Ausrüstung Einsparpotentiale vorhanden sind. Wünschen und Forderungen der DVB hinsichtlich des Ausbaus ihrer Strecken und der Verkehrsanlagen sind von der Stadtverwaltung stärker Rechnung zu tragen und nicht mit einseitigen Argumenten von Auto- und Wirtschaftslobbyisten auszubremsen.

Angesichts der Ölverknappung und den steigenden Energiepreisen sind rechtzeitig Alternativlösungen zu entwickeln. Ein gleichberech-

tigtes Nebeneinander von Autofahrern, Radfahrern und Fußgängern muß bei der Erarbeitung von Verkehrskonzepten angestrebt werden.

Das weit verbreitete Verkehrsrowdytum ist zu bekämpfen, insbesondere das Fahren ohne Licht zu nächtlicher Stunde. Straßen und Fußwege müssen über eine angemessene Beleuchtung verfügen. Die Gehwege sind sicher zu gestalten und ggf. zu sanieren.

Bauexperimente beenden – den Neumarkt bestmöglich rekonstruieren!

Für viele Dresdner verband sich mit der Rekonstruktion der Frauenkirche die Hoffnung, daß auch der umgebende Neumarkt in seinem historischen Bild und als harmonische städtebauliche Einheit wiederhergestellt wird. Schließlich könnte ein wiederhergestellter Neumarkt angesichts vieler gesichtsloser und funktionaler Neubauten im Dresdner Zentrum dazu beitragen, der Stadt einen Teil ihrer alten Identität und zugleich ein bürgerfreundliches Zentrum zurückzugeben.

Der Weg dorthin dürfte freilich noch lang und steinig werden, denn die vermeintlich „moderne“ Verschandelungsarchitektur hat im Dresdner Rathaus noch viel zu viele Fürsprecher. Deshalb entstehen auch am Dresdner Neumarkt dort, wo früher barocke Bürgerhäuser mit Dachgauben und Sprossenfenstern standen, einige monströse und lieblose Hotelneubauten, die den ganzen Platz zu verschandeln drohen. Dieses Beispiel zeigt, daß es auch in Dresden bis in die CDU hinein Kommunalpolitiker gibt, die an einer geballten Geschmacksverwirrung leiden und die auch hier ihren Traum einer „Architekturmoderne“ verwirklicht sehen wollen, wo er nun wirklich nicht hinpaßt.

Jüngstes Beispiel dafür ist die Verschandelung des Militärhistorischen Museums durch den sogenannten „Libeskind-Keil“, einer 30 Meter hohen und 140 Tonnen schweren Konstruktion aus Stahl und Beton, die den wunderbaren Museums-Altbau in der Albertstadt in zwei Teile zersprengt. Auch der Großteil der Umbaukosten von 48 Millionen Euro ging für die Konstruktion des in New York lebenden jüdischen Architekten Daniel Libeskind und damit letztlich für eine Verhäßlichung des Altbaus am Olbrichtplatz drauf.

Ein ähnliches Beispiel für ein mißglücktes Architekturexperiment stellt auch die unsagbar häßliche Außentreppe am Stadtmuseum dar. Wir Nationaldemokraten sagen: Schluß damit! Die knappen Gelder sollen nicht für weitere Architektursünden, sondern für sinnvolle Rekonstruktionsvorhaben wie am Neumarkt ausgegeben werden, die der Stadt einen Teil ihres historischen Gesichts und ihrer alten Seele wieder zurückgeben. Solange unsere Gegenwart zu keiner schöpferischen Weiterentwicklung der Architektur fähig ist, solange ist Rekonstruktionen der Vorzug vor häßlichen Stahl- und Beton-Experimenten zu

geben. Gegen den Willen der Bürger darf auch die Dresdner Stadtverwaltung keine vollendeten Tatsachen schaffen. Die NPD Dresden wird sich auch weiterhin gegen jeden Versuch stellen, das Ensemble und die Sichtachsen des historischen Neumarkts durch den Neubau eines modernistischen Gewandhauses zu zerstören.

Der vom Kuppelbau der Dresdner Frauenkirche gekrönte Neumarkt ist das Herz und die Seele Dresdens – seine barocke Identität darf nicht durch gesichtslose Neubauten zerstört werden.

Ein dauerndes bauliches Ärgernis ist auch der als „Wiener Loch“ bezeichnete Wiener Platz vor dem Hauptbahnhof – eine Baugrube, die den Steuerzahler nach Angaben des MDR in den letzten zehn Jahren 87 Millionen Euro an Erschließungsausgaben gekostet hat. Außerdem verschlingt der Wiener Platz in seinem jetzigen Zustand Tag für Tag 1.000 Euro, da verhindert werden muß, daß die Dauerbaustelle vollläuft.

Das seit der Wende versprochene Zusammenspiel zwischen Stadt und privaten Investoren läßt bis heute auf sich warten, stattdessen schreckt die Baugrube Gewerbetreibende und Touristen ab. Der Vorschlag, die vor den Toren der Stadt ansässige Staatsoperette am Wiener Platz anzusiedeln, wurde im Oktober des vergangenen Jahres gekippt.

Die NPD fordert, daß die Stadt für die „offene Wunde“ Wiener Platz endlich ein sinnvolles und umsetzbares Bau- und Entwicklungskonzept erstellt, das nicht – wie derzeit vorgesehen – auf die Errichtung neuer Einkaufszentren hinausläuft, die den umliegenden Geschäften die ganze Kaufkraft abziehen.

Ein Denkmal für die Opfer des Bombenkrieges!

Dresden, das weltberühmte „Elbflorenz“, ist eine Kunst- und Kulturstadt, die in Deutschland ihresgleichen sucht. Im Februar 1945, als der Zweite Weltkrieg sich unweigerlich seinem Ende zuneigte und die Stadt zum Fluchtpunkt für Zehntausende von Heimatvertriebenen geworden war, waren alle Säle, Bahnhöfe, ja selbst große Plätze mit Menschen überfüllt.

Dennoch wurde Dresden am 13. und 14. Februar 1945 durch Terrorbombardements der Briten und Amerikaner nahezu dem Erdboden gleichgemacht. Eine unvorstellbare Zahl von Opfern macht Dresden bis heute zum Symbol des Bombenkrieges, den der Historiker Golo Mann als „nächtlichen Massenmord an der Zivilbevölkerung“ brandmarkte. Dies wird gerade auch am Beispiel Dresdens augenfällig, da hier das Stadtzentrum im Durchmesser von zirka fünf Kilometern ver-

nichtet wurde, während der Großteil der Industrie und sogar der große Güterbahnhof in der Friedrichstadt weitgehend unbeschädigt blieben. Deswegen wird die Bombardierung Dresdens von zahlreichen Historikern auf der ganzen Welt als ein Kriegsverbrechen größten Ausmaßes verurteilt.

Die NPD Dresden fordert: Gedenken wir dieser unschuldigen Toten. Sie haben ein Denkmal nicht nur in unseren Herzen, sondern auch offen und sichtbar in der Stadt Dresden verdient! Während im japanischen Hiroshima schon lange eine Reihe von beeindruckenden Denkmälern an die Vernichtung dieser japanischen Stadt durch den Abwurf einer amerikanischen Atombombe im August 1945 erinnert, gibt es in Dresden nichts Vergleichbares.

Die NPD in Dresden ist der Auffassung, daß eine aufrichtige Erinnerungskultur die herrschende „Vergangenheitsbewältigung“ ablösen muß, die am Ende dazu führt, daß die Kriegsverbrechen der Alliierten von fehlgeleiteten Jugendlichen in furchtbarer Weise verherrlicht werden („Bomber-Harris – Do It Again“).

Ein Denkmal für die Dresdner Bombenopfer sollte über alle Parteigrenzen hinweg an die Mahnworte der Inschrift auf dem Dresdner Heidefriedhof anknüpfen:

„Wie viele starben? Wer kennt die Zahl? An Deinen Wunden sieht man die Qual der Namenlosen, die hier verbrannt im Höllenfeuer aus Menschenhand.“

Bürgerentscheide umsetzen – Direkte Demokratie stärken!

Der Streit um den Neubau der Waldschlößchenbrücke hält Dresden nun schon länger als ein Jahrzehnt in Atem und auf beiden Seiten wurden viele beachtenswerte Argumente ausgetauscht.

Nachdem der Bürgerentscheid vom 27. Februar 2005 eine klare Mehrheit für den Bau der Brücke ergab, gab es jedoch eine massive und vor allem vom linken politischen Spektrum getragene Kampagne gegen die Umsetzung des Bürgerentscheids, für die insbesondere haushalts- und umweltpolitische Argumente instrumentalisiert wurden.

Die NPD Dresden hingegen ist der Auffassung, daß das Ergebnis eines Bürgerentscheids in jedem Fall umgesetzt werden muß – egal ob und welchen einzelnen politischen Kräften dies nun gefällt oder auch nicht. Demokratie muß – wenn sie ihren Namen verdient – ein ergebnisoffenes Verfahren sein, an dessen Ende aber der Souverän, das Volk, eine Entscheidung trifft, die dann Gültigkeit besitzen muß.

Die NPD sagt deshalb: Die finanziellen und haushaltspolitischen Konsequenzen, die mit dem konkreten Ergebnis eines Bürgerentscheids verbunden sind, müssen künftig bindend im städtischen Haushaltsplan eingetragen werden. Die Umsetzung oder Nicht-Umsetzung eines Bürgerentscheids darf nicht zu einer Interpretationsfrage werden, bei der die Gegner eines in einem Bürgerentscheid ermittelten Ergebnisses dieser Entscheidung dann mit dem Hinweis auf angeblich zu erwartenden Kosten in Frage stellen.

Ebensowenig darf es sein, daß supranationale Organisationen wie beispielsweise die UNESCO ein Mitspracherecht bei Angelegenheiten beanspruchen, die alleine die Dresdnerinnen und Dresdner angehen!

Die NPD Dresden setzt sich außerdem dafür ein, den Bürgerentscheid als Instrument der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene zu stärken und über alle zentralen kommunalpolitischen Fragen Bürgerentscheide durchzuführen!

Gemeinsam für Dresden



Gemeinsam für Dresden



Herausgeber:

NPD-Kreisverband Dresden

Postfach 202701

01193 Dresden

Telefon: 0152/ 07076210

info@npd-dresden.de

www.npd-dresden.de